

erscheint täglich, mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- u. Feiertagen.
Pränumerationspreis:
In loco:
Ganzjährig . . . 10 fl. — fr.
Halbjährig . . . 5 „ — „
Drittelsjährig . . . 2 „ 50 „
Monatlich . . . — 85 „
Mit Zustellung ins
Haus, monatlich 1 „ — „
Einzeln Nummern 5 kr.
Mit Postverendung:
Im Inland:
Halbjährig . . . 7 fl. — fr.
Drittelsjährig . . . 3 „ 50 „
Im Ausland:
Halbjährig . . . 9 fl. — fr.
Drittelsjährig . . . 4 „ 50 „
Für die Redaction verantwortlich:
Adolf Reissenberger.
Manuscripte werden nicht zurück-
gegeben; unfrankirte Briefe nicht an-
genommen.

Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Inserate
werden in der Administration
dieses Blattes (Wintergasse 9)
angenommen;
ferner bei den Annoncen-Expediti-
onen: in Budapest: Haasen-
stein & Vogler, A. V. Gold-
berger, in Wien: A. Oppelk,
Haasenstein & Vogler, in
Mosca, M. Dukes, H. Schallek,
J. Danneberg; in Berlin,
Hamburg, Paris: Haasenstein
& Vogler; in Frankfurt a. M.:
Haasenstein & Vogler, G. L.
Daube & Co.
Insertionspreis:
Der Raum einer einpaltigen
Garnitur kostet beim ein-
maligen Einrücken 7 fr., das
zweite Mal 6 fr., das dritte Mal
5 fr. 8. B., eod. der Stempel-
gebühr à 30 fr.

Subskriptions-Bureau: In Mediasch bei J. Hedrich's Erben, Buchhändler; in Mählab bei Herrn Josef Wagner, Kaufmann; in Klausenburg bei Herrn Johann Stein, Buchhändler; in Blatik bei Herrn M. Haupt, Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeldner, Buchhändler; in Ioco, Unterstadt bei Herrn Ludwig Kurovsky, Kaufmann, Schmieggasse Nr. 17, woselbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

N^o. 108.

Hermannstadt, Samstag den 12. Mai 1894.

110. Jahrgang.

Krisenzeichen in Oesterreich.

Wien, 7. Mai.

Dem seit einem halben Jahr bestehenden Coalitionssystem in Oesterreich drohen die größten Gefahren von den Feinden im eigenen Lager. Die Jung-
gehen und Antisemiten, die der Coalition und dem Coalitionministerium
von vornherein offenen Krieg angekündigt hatten und seither auch, wo sie
nur konnten, demgemäß handelten, sind ohnmächtig und vermögen außer
der Inszenierung von Scandalen nichts auszurichten. Aber im Schooße der
Coalition selbst erhebt sich Berrath, und daraus ergeben sich Zwischenfälle,
die sehr bedenklich sind und für den Bestand des Coalitionssystems nichts
Gutes verhessen. Die Deutschliberalen allein halten treu zur Stange, in
den beiden anderen großen Coalitionparteien aber, im Polenclub und im
Hohenwartclub, freudigen die clericalen Gruppen. Im Polenclub, der erstlich
schon Mitglied zählt, stehen Graf Bininski und Vater Kopycinski
an der Spitze der etwa fünfzehn bis zwanzig Köpfe betragenden Dissidenten;
im Hohenwartclub, der fünfundsiebenzig Mann stark ist, umfaßt die von
Baron Morsey, Dipauli und Ebenhoch geleitete clericalc Wähler-
gruppe ungefähr achtzehn bis zwanzig Mitglieder. Diese zwei clericalen
Fraktionen finden es mit ihrer politischen Moral vereinbarlich, immer wieder
Sprengversuche gegen dieselbe Coalition zu unternehmen, der sie selber
officiell angehören. Beide Fraktionen haben sich in aller Form der Coalition
angeschlossen, beide verharren in der Betwahrerrolle, die zwei der Träger
der Coalition sind, aber das hindert sie nicht, mit den Junggehen und
den Antisemiten unter der Decke zu spielen und der Coalition, sowie dem
Coalitionministerium Kränkel zwischen die Beine zu werfen, um diese und
dieses womöglich zu Falle zu bringen.

In der allerjüngsten Vergangenheit ist Dersel von den erwähnten
Fraktionen wiederholt unternommen worden. Zwei solcher Fälle seien hier
erwähnt. Während die Coalition die „Zurückstellung“ aller nationalen Streit-
fragen und die Respektion des Besitzstandes der coalitierten Parteien bedingt,
warfen die Herren Bininski und Kopycinski neulich ganz unvermittelt die
Brandfackel der „schlechten Frage“ in das Lager der Coalition. Sie be-
antragten pöblich, der Polenclub solle sich der schlechten Frage annehmen,
deren nationale und culturale Interessen fördern. In Schlesien machen
die Polen kaum ein Drittel der Bevölkerung aus; sie sind annähernd 50
prozent vertreten dort, wie die Czechen. Die Deutschen allein sind noch in der
Mehrheit gegenüber den Polen und Czechen zusammengenommen. Trotzdem
arbeiten die Czechen schon lange an der Czechisierung Schlesiens, und nun
machten die Herren Bininski und Kopycinski auch noch die Polonisierung
Schlesiens in Angriff nehmen. Das hat naturgemäß in deutschen Kreisen
org verstimmt, und man empfand es mit Recht wie einen Anschlag wider
die Deutschen und somit wider die Coalition selbst. Die deutschen Vertreter
Schlesiens vereinigten sich unverweilt zur Abwehr und erhielten auch die
Zulage, daß die anderen Deutschen im Bedarfsfall ihnen zur Seite stehen
würden. Da hat man es denn in polnischen Kreisen für angezeigt erachtet,
die „schlechte Frage“ vorläufig nicht weiter zu verfolgen, und dieser Spreng-
versuch war vereitelt.

Gleich darauf bot sich aber den clericalen Frondeuren eine zweite
Gelegenheit zu einem Streik gegen die Coalition dar. Dem Abgeordneten-
haus liegt die Valutafrage zur Erledigung vor. Dieselbe beruht auf
einer Abmachung der Regierung mit dem ungarischen Ministerium und be-
trifft nicht etwa neue principielle Schritte in der Valutafrage, sondern lediglich
technische Maßnahmen, die eine natürliche Folge der von beiden Geset-
gebungen der Monarchie schon früher gefassten Beschlüsse sind. Es handelt
sich um die Einziehung von 200 Millionen Eingulden-Staatsnoten und deren
Erledigung durch Silber und Banknoten, ferner um die Ermächtigung für
die Regierung, mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank wegen Erneuerung
des Bank-Privilegiums eine Vereinbarung zu treffen. Gegen die Einziehung
jener alten Staatsnoten hätte nun von keiner Seite ein irgendwie begründeter
Einwand erhoben werden können; aber die Bank hat bezüglich des Privi-

legiums ein Angebot gemacht, das unannehmbar ist. Sie begehrt die Zurück-
zahlung der sogenannten 80 Millionen-Schuld, die noch vom Ausgleich mit
Ungarn herrührt, und will den Staat an dem Bankgewinn über sechs
Procent theilnehmen lassen. Das ist nun allerdings kein genügender Preis
für die Erneuerung des Bankprivilegiums, und die Regierung selbst lehnte
dieselbe rundweg ab. Es war indessen bloß ein erstes Angebot, und man
zweifelt in ersten Kreisen nicht an einer schließlichen Verständigung. Hier
glaubten die Clericalen den Hebel zur Sprengung der Coalition und zum
Sturz des Coalitionministeriums ansetzen zu sollen. Herr von Plener
erschien persönlich im Hohenwartclub; er gab in einer anderthalbstündigen
Rede jede gewünschte Auskunft, er betonte, daß die Vorlage auf einer Ver-
einbarung mit Ungarn beruht und angenommen werden müsse, er gab deutlich
zu verstehen, daß die Regierung aus der Annahme der Vorlage eine Cabinet-
frage machen müßte; der Clubobmann Graf Hohenwart selbst trat ent-
schieden für die Vorlage ein, aber trotz alledem und alledem überbrumpelten
die Clericalen den schwach besuchten Club und setzten den Beschluß durch,
daß die Valutavorlage bis nach der Verständigung mit der Bank über die
Privilegiums-Erneuerung vertagt werden solle, ein Beschluß, der den be-
züglichen Anträgen des Junggehenclubs und der Antisemiten vollständig
entpricht. Die Folge dieser clericalen Überbrumpelung war der gemeldete
Rücktritt des Grafen Hohenwart von der Clubleitung, und alle Welt war
sich hier klar darüber, daß damit eine Krisis heraufbeschworen sei, deren
Umfang und weitere Consequenzen im ersten Augenblick nicht zu übersehen
waren. Indessen konnte die Sache wiederum geleimt werden. Eine neuerliche,
besser besuchte Clubführung warf den Vertagungsbeschlusse um, Graf Hohenwart
wurde beschwichtigt, die Clericalen betheuereten nachträglich, daß sie „nur
wirthschaftliche Rücksichten“ im Auge gehabt hätten, kurzum, auch dieser
Ansturm, der sich höchst bedrohlich ausnahm, konnte für diesmal noch ab-
geschlagen werden.

Nachgerade hat aber ziemlich allgemein ein deutliches Unbehagen Platz
gegriffen. Man fühlt gleichsam den Coalitionsboden schwanen. Es ist kein
Zweifel mehr möglich, daß auf die clericalen Elemente in der Coalition
Schlehterding kein Verlaß ist. Von den Deutschliberalen wird die aller-
strengste Coalitionstreue, die weitestgehende Entladung, die absoluteste Ent-
haltung von der Betätigung ihrer Grundzüge gefordert; selbst das wird ihnen
schon als Sünde angesehen und als „Provocation“ zum Vorwurf gemacht, daß
sie das fünfundsiebenzigjährige Jubiläum der Schulgesetz im bescheidensten
Rahmen festlich begehen wollen, mit einem Worte: die Deutschen sollen sich
nicht rühren — die Clericalen aber dürfen thun und lassen, was sie wollen,
ihnen soll es freistehen, alle erdenklichen Alotria zu treiben, ihre nationalen
und reactionären Strebungen unbeirrt weiter zu verfolgen, und wenn es
ihnen jaßt gefällt, sogar die Coalition ein bischen in die Luft zu sprengen.
Bei solcher Verteilung der Rollen kann es nicht verwundern, daß in
deutschen Kreisen Verstimmung herrscht und daß man anfängt, zu fragen,
ob denn die Coalition in ihrer bisherigen Form werde aufrecht zu halten
sein. Es ist dies eine Frage, die zu bejahen nur dann möglich wäre, wenn
die Clericalen etwas weniger übermüthig und herausfordernd werden wollten,
wozu aber kaum eine Aussicht vorhanden ist. Gleichwohl brauchen die
Deutschen keine Besorgnisse zu hegen. Man wird in Oesterreich nicht mehr
über sie zur Tagesordnung übergehen können. Dringen die Clericalen die
jetzige Coalition zu Falle, so wird eine neue entstehen — nicht ohne die
Deutschen, aber vielleicht ohne die Clericalen.

Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 11. Mai

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Neuen Pester Journal“
geschrieben: „Nur das Eine wird von gut informierter Seite als sicher
hingestellt, daß sich Ministerpräsident Dr. Wexlerle nach der erfolgten Ab-
stimmung im Magnatenhause ehestens nach Wien begeben werde, um der

„Der Fall liegt hier so, daß das ganz angebracht ist. Das kannst
Du, als Jurist, aber nicht verstehen.“

In den Festräumen, wo die Gesellschaft bereits vollständig versammelt
war, erregte die Nachricht von Oberlehrer Ahmann's und Suschen Schröder's
Verlobung natürlich gewaltige Sensation, obgleich die Meisten, namentlich
die Damen, beständig versicherten, daß sie es längst hätten kommen sehen.
Erst als man sich an der Abendtafel niedergelassen hatte und das erste
aufgetragene Gericht einer Prüfung unterzogen wurde, legte sich die Be-
wegung ein wenig und es trat etwas Ruhe ein.

Da Kopffe der Affessor an sein Glas. Als ältester der hier an-
wesenden Bräutigams hat er, den Toast auf das jüngste Paar ausbringen
zu dürfen. Dann hielt er eine zündende Rede, — denn das konnte er, —
die mit einem begeisterten Jubel aufgenommen wurde und mit einem
brausenden Hoch auf das neue Brautpaar schloß.

Noch ehe der Oberlehrer sich zu einigen Dankesworten erheben konnte,
verschaffte sich ein Anderer Gehör. Es war Herr Sattler, der Buchhändler
von Schmirelberg.

„Der geehrte Herr Vorredner“, begann er, „ist unserem Helden des
Tages in einer Beziehung nicht voll gerecht geworden. Sie, meine
Herrschaften, wissen, worauf ich hinaus will. Herr Oberlehrer Ahmann,
seit zwei Tagen wissen wir, daß der Dichter Ernst Müller unter uns weil.“

Bei diesen Worten schauten zwei Personen sichtbar zusammen, Suschen
und der Affessor. Suschen hatte in ihrem jungen Glücke ihr Verbrechen ganz
vergessen gehabt. Was würde der Geliebte sagen? Sie wagte gar nicht, ihn an-
zusehen. Der Affessor aber hatte seine „Dummheit“ längst begraben geglaubt.

Oberlehrer Ahmann aber blickte sich verwundert um. Wo war Ernst
Müller? Er sah ihn nicht.

„Herr Sattler fuhr fort, sich direct an den Oberlehrer wendend:
„Gestatten Sie uns, verehrter Herr, daß wir, nachdem es uns bekannt
geworden, daß hinter dem Pseudonym Ernst Müller Sie zu juden sind,
Ihnen unsere Freude aussprechen, Sie in unserer Mitte als den Unseren
zu sehen. Wie stolz die ganze Stadt darauf ist, einen Dichter zu den
Abrigen zählen zu dürfen, zeigt Ihnen die Thatfache, daß eine stattliche
Zahl von Exemplaren Ihrer Gedichte“ —

Krone seine Unterbreitungen zu machen. Welcher Art dieselben sein werden, das
hängt von der ferneren Entwicklung der Situation ab. Von Seite der liberalen
Partei werden die gegen die Opposition des Magnatenhause arrangirten
Demonstrationen auf's schärfste verurtheilt; man bedauert diesen viel ange-
brachten Eifer umsomehr, weil man erachtet, daß hiedurch die liberale
Sache nur geschädigt werde.“

Der dem Abgeordnetenhaus am 9. d. vorgelagte, vom Referenten
Julius Wlassitz verfaßte Bericht des Justiz-Ausschusses über den Geset-
entwurf betreffend die freie Ausübung der Religion schildert den Geset-
entwurf überzeugend die ungerügten Verhältnisse der einzelnen
Confessionen und führt dann aus, daß der Justiz-Ausschuß das Bestreben
des Unterrichtsministers: jene Lücken auszufüllen und nach mehreren er-
folglosen Versuchen ein sowohl die individuelle Religionsfreiheit, als auch
die Freiheit des Cultus bestimmendes Gesetz zu schaffen, mit Freuden begrüße.

Der Ausschuß billigt es, daß der Gesetzentwurf sich in dem bezeichneten
Rahmen bewege, und der Ausschuß würde es entschieden für gefährlich
halten, wenn der Gesetzentwurf die sichere Basis der historischen Entwicklung
verlassend, die recipirten Confessionen mit den neu entstehenden Confessionen
den gleichen Normen unterzöge. Eine solche gleichartige Behandlung wäre
die schwerste Verletzung gerade des wahren Geistes der Parität. Der
Ausschuß hält die Regelung der Verhältnisse zwischen dem Staate und den
recipirten Confessionen keineswegs für abgeschlossen und er schließt sich
vollständig der Auffassung des Cultus- und Unterrichtsministers an, wonach
diese Verhältnisse gradatim, je nach Bedarf durch einzelne besondere Gesetze
geregelt werden müssen. Der Ausschuß hat aus dem Studium des Geset-
entwurfes die Ueberzeugung geschöpft, daß in demselben die vorgesehene
doppelte Aufgabe sowohl aus dem Gesichtspunkte der Religions- und Gewissens-
freiheit, als auch aus dem Gesichtspunkte der Herrschaft der ungarischen
Staats-Souveränität über jede Religionsgenossenschaft getreulich gelöst werde.
Es werde zwar Manche geben, welche die Religionsgenossenschaften als streng
genommen private Genossenschaften betrachten und deshalb dem Vereinerk-
untermerken wollen, allein dies sei derzeit schon deshalb nicht möglich, weil
das Vereinerkrecht bei uns durch Gesetze nicht geregelt ist, mithin dem Staate
auch die Nichtachtung hinsichtlich der Rechte und Pflichten fehle. Allein der
Ausschuß müßte solcher Auffassung auch deshalb entgegengetreten, weil dieselbe
in unserem Lande zweierlei Institutionen: unter dem Schutze und der Ober-
aufsicht des Staates stehende Kirchen gesetzlich anerkannt öffentlichen Charakters
und auf dem Niveau von Privatvereinen stehende Privatgenossenschaften
schaffen würde. Der Staat dürfe sich also nicht den neuen Confessionen
gegenüber auf den Standpunkt des Indifferentismus stellen, wohl aber
müssen die sachlichen Sphären derart getrennt werden, daß die Kirche sich
nicht in die Aufgaben des Staates, der Staat dagegen sich nicht in die
Aufgaben der Kirche einmengt. Der Ausschuß hält ferner die Ausmerzung
des Confessionszwanges für ein unverrückbares Princip der Gewissensfreiheit
und nach reiflicher Erwägung hat er sich dem Standpunkte des Entwurfes
angeschlossen, wonach der volljährige Staatsbürger auch außerhalb der
recipirten und gesetzlich anerkannten Confessionen stehen könne, wobei der
Ausschuß es aber vollständig billigt, daß der Austrittende deshalb sich den
zur Zeit seiner Angehörigkeit zu einer Religionsgenossenschaft übernommenen
Lasten nicht sofort entziehen könne.

Wir haben — schreibt „Pester Lloyd“ — keine Ursache, das Urtheil,
das wir unmittelbar unter dem ersten Eindrucke über die Rede Wexlerle's aus-
gesprochen haben, auch nur im Geringsten zu modificiren. Wir haben diese
Rede sofort als eine der interessantesten bezeichnet, welche in letzterer Zeit
über Fragen der auswärtigen Politik gehalten wurden und wir haben
dasjenige, was Crispi über die Lebenskraft Oesterreich-Ungarns gesprochen,
zwar nicht für notwendig erachtet, aber gleichwohl mit Dank quittirt.
Wiener Journale und auch die österreichischen Provinzialblätter haben Crispi's
Auslassungen milder freundlich behandelt und an mancherlei Wendungen
berieselben Anstoß genommen. Das hat in Rom befremdet und die Meinung
herbeigeführt, daß irgend ein Mißverständnis obwalten müsse. Man hat

Da erhob sich Oberlehrer Ahmann:

„Verzeihen Sie, Herr Stadtrath, daß ich Sie unterbreche. Ich höre
mit Erstaunen, daß man mich für den Dichter Ernst Müller hält. Ernst
Müller ist gar kein Pseudonym, ich kenne den Dichter persönlich, er lebt
in Berlin. Und nun, verehrter Herr Stadtrath, gestatten Sie mir die
Frage: Wer hat mich Ihnen als Dichter denuncirt?“

Allgemeines Erstaunen. Suschen aber schloß sich wie von einem
Banne erlöst. Gott sei Dank, er war kein Dichter, dann brauchte sie auch
nicht eifersüchtig zu ihm aufzuschauen. Das war ihr erster Gedanke.
Darauf aber lächelte sie. Möchte er auch ein Dichter sein, sie konnte doch
weiter nichts thun, als ihn lieben.

Der Oberlehrer hatte inzwischen seine Frage wiederholt: Wer hatte
ihn verächtlich, ein Dichter zu sein. Da begegnete sein Blick dem des
Freundes, und er wußte sofort, wer der Attentäter war, und der Affessor
war sich darüber im selben Augenblick klar, daß er entlarvt war und entschloß
sich rasch zu einem Bekenntniß. Er erhob sich und hielt noch einmal eine Rede.

Er schilderte die Zimmerlage und Entmuthigung des nicht erkannten
Dichters, wie er, Redner, dadurch gerührt, beschloß, habe, einem strebenden
Talent in die Höhe zu helfen, wie er dabei an das rege geistige Interesse
der Schmirelberger gedachte.

Dieser Appell verfehlte nicht seine Wirkung, das zeigte dem Affessor
der Beifall, der seinen Worten folgte.

„Darum, meine Herrschaften, lassen wir immerhin das Vorhin unter-
drückte Hoch auf den Dichter Ernst Müller erschallen, oder senden wir ihm
von hier aus einen freundlichen Gruß nach der großen Stadt, in sein stillcs
Kämmerchen, damit er wisse, hier bei uns findet er die Würdigung, die er
verdient. Vivat hoch Ernst Müller, der Dichter!“ —

Wenige Tage später brachte der „Schmirelberger Anzeiger“ die officielle
Anzeige von der Verlobung des Königl. Gymnasialoberlehrers Dr. Arthur
Ahmann mit Fräulein Suschen Schröder, einzigen Tochter des Sanitätsraths
Dr. Schröder und dessen Gemahlin. Ein namentlich über Personalange-
legenheiten stets gut unterrichtetes Berliner Blatt aber brachte folgende Notiz:
„Ernst Müller, dessen Gedichte in Kurzem in zweiter vermehrter Auf-
lage erscheinen werden, beabsichtigt, demnächst nach Schmirelberg überzusiedeln.“

Feuilleton.

Der Dichter Ernst Müller.

Novelle von C. Reinhold.

(Schluß.)

Gleich darauf erschien die Sanitätsrätin. Auch sie war nicht un-
angenehm überrascht, aber sie gestand es nicht so offen ein, wie ihr Gemahl.
Aus den herzlichsten Worten, die sie an den neuen Sohn richtete, konnte
man es jedoch ersehen.

Dann wurde auch Fritz gerufen. Der machte zuerst ein feindseliges
Gesicht, als er seinen Peiniger von heute Morgen erblickte. Als er aber
die Schläge erfahren hatte und der neue Schwager auf ihn zutrat, ihn
auf die Schulter klopfte und sagte:

„Du bist doch ein braver Junge, wenn wir uns auch heute gezankt
haben. Und höre, kleiner Schwager, in der Classe bleib's beim Sie, aber
sonst duzen wir uns, wenn's Dir recht ist.“ — Da war auch er ausgeföhnt.

„Gehen wir heute zum Kränzchen?“ fragte die Sanitätsrätin.

„Natürlich“, antwortete der Gemahl, „wir müssen mit unserem
Brautpaar renommiren. Und Fritz, der kleine Schwerendtler, kann aus-
nahmeweise auch mitkommen. Vormärts Kinder, es ist die höchste Zeit.“ —

Als der ganze Zug der Familie Schröder vor dem Gasthause
ankam, in dessen Festsaal das Kränzchen stattzufinden pflegte, traf
man dort am Eingange auf einen wohlbekannten, aber unerwarteten Gast.
Affessor Opitz war soeben mit dem Zuge von Berlin angekommen, um durch
seine Anwesenheit das Schmirelberger Fest, für seine Braut wenigstens,
zu verschönern. Noch vor dem Eintritt erfuhr er die Verlobung seines
Freundes.

Nach seiner wortreichen officiellen Begrüßung küßte er dem
Freunde in's Ohr:

„Mensch, wo ist Dein pädagogisches Gewissen? Wie kann ein Lehrer
sich so weit vergessen, sich mit der Schwester seines Schülers zu verloben?“
Doch der Oberlehrer entgegnete kaltblütig:

sten!
Gebirgs-
E
mpagner
weine,
staf leiste, sind in
altung
dt
Billes
Preisen
rfer“
wein
60 kr.
ben und Gebinden
ourant ab Station
atsbahn, östliche
in
twein und
(185) 18—26
ntsch,
svár
franco.
33% billiger!
i mit
als bisher.
überzeugt.
te
hoffe.
n: Kleider.
iten.
D, zeichne
en Kaiser“,
de.
onstadt.
ine,
8:
ter 36 fr.
46
50
60
80
80
1 fl.
rend der
[358] 1—3
US.

zur Vereinfachung desselben den vollständigen Text der Crispi'schen Rede reproducirt, und die Lectüre desselben ergibt in der That, daß vom österreichisch-ungarischen Standpunct kein Grund vorhanden ist, durch irgend eine Aeußerung oder irgend ein Wort der Crispi'schen Rede sich verlegt zu fühlen. Daß Herr Crispi die Schmeichelei der Creditisten nach den Dhalpin einen Traum nennt, ist gewiß nicht zu beanstanden. Ein Traum bedeutet ja nichts. Ebenso wenig ist es anzusehen, daß Herr Crispi der Niederlagen von Lissa und Lissa nur mit Trauer und mit Schmerz gedenkt. Wie anders sollte ein Italiener über diese Ereignisse sprechen? In ihrer ganzen Zusammenfassung und ihrem ganzen Inhalte war Crispi's Rede ein glänzendes Plaidoyer für die Friedenspolitik des Dreibundes und eine treffliche Abfertigung der Creditisten, die auf der einen Seite für Frieden und Abrüstung und auf der anderen Seite für einen Eroberungskrieg im Osten schwärmten. Es war ein treffliches Wort Crispi's, daß die Vertreter nationalchauvinistischer Ideen, dies sind die Creditisten, wenn sie sich auch einbilden, an der Spitze der Menschheit zu marschiren, doch eigentlich nur die Spätfrucht einer absterbenden Idee sind. Als die Ideen der kommenden Zukunft bezeichnet er die Cultur der Humanität. Nach einem solchen Glaubensbekenntnisse war es im Grunde recht unbankbar, daß die Socialisten in Mailand Crispi am letzten Samstag, als er in der Begleitung des Königs zur Ausstellung fuhr, förmlich ausspießten. Crispi sollte durch diese Demonstration dafür gestraft werden, daß er Sizilien mit den richtigen Mitteln pacificirte. Er selbst hat dem Scandal nicht viel Bedeutung beigelegt. Als bei seiner Abfahrt eine Socialistengruppe schrilles Pfeifen ertönen ließ, bemerkte er lächelnd: „Ich habe anderes Pfeifen gehört als das dieser Herren.“

Aus dem Reichstage.

Budapest, 9. Mai.

Das Abgeordnetenhaus hatte zu Beginn seiner Sitzung Gelegenheit, dem Minister-Präsidenten Weterle herzliche Ovationen zu bereiten. Den Anlaß hierzu bot der Umstand, daß Se. Excellenz nebst zwei Gesandten über die Modification der Besteuerung der Bierproduction und der Modification der Ergänzung der auf die Gerichtsämter und Gebühren bezüglichen Normen auch die schon früher angekündigte Vorlage über die Vermerkung der hauptstädtischen Cafen und der Blochberg-Citadelle einreichte. Das hiedurch in gute Stimmung versetzte Haus begrüßte auch Wlajic und Jarabaty mit Ovationen, als diese die Aufschußberichte über die freie Religionsübung, beziehungsweise über die Pensionierung jener Schulmänner einreichten, für die weder von Seite des Staates, noch anderweitig gefordert ist.

Vor der Tagesordnung brachte Alfred Eréter die Vorgänge in Klausenburg anläßlich des Memorandum-Processes zur Sprache. Da er dieselben mit den Vorgängen im Magnatenhause in Verbindung zu bringen schien, störten die reformfeindlichen Mitglieder des Hauses den Redner mit anhaltenden Klall-Rufen, worauf er auf den eigentlichen Gegenstand seiner Rede übergieng. Er führte aus, daß sich in Klausenburg viele Rumänen ansammeln, welche von Geistlichen aufgehetzt werden, die im Proceß Angeklagten und deren Verteidiger feiern, das Gericht auf eine harte Probe stellen und ein Pressbureau errichtet haben, welches das Ausland mit lügenhaften Berichten versieht. Dies können wir nicht dulden, da sonst das Vertrauen unserer Bundesgenossen in uns erschüttert wird. Deshalb macht Redner die Regierung auf diese Zustände aufmerksam und richtet die Frage an sie, ob sie es nicht für zeitgemäß hält, gegen diese Umtriebe einzuschreiten?

Auch Julius Lukacs hat in dieser Angelegenheit um's Wort, um auf die seit Jahren betriebene Agitation der Rumänen in Siebenbürgen hinzuweisen. Sie halten unangemeldete Volksversammlungen, sonatiren ihre Landleute, verherlichen den Kaiser von Oesterreich, obgleich sie diesem ebenso wenig zugethan sind, wie dem König von Ungarn. Für all' diese Zustände seien die früheren Regierungen verantwortlich, welche den Rumänen immer nur Concessionen gemacht haben. Die Regierung möge das Haus darüber beruhigen, ob sie die Maßnahmen der rumänischen Liga noch länger dulden will?

Seitens der Nationalpartei sah sich Johann Hod veranlaßt, die Manipulation des rumänischen Pressbureaus zu beleuchten und darauf zu verweisen, daß das Pressbureau der ungarischen Regierung dem gegenüber ganz unthätig sei. Er urgiert eine entsprechende Organisation dieses Pressbureaus, welches das Ansehen des ungarischen Staates nach dem Auslande hin in keiner Weise vertritt, sondern nur parteipolitischen Interessen im Inlande dient. Jedenfalls müsse die Regierung dafür sorgen, daß das Ausland besser informiert werde.

Gabriel Ugron nimmt das Magnatenhaus gegenüber dem Angriffe Eréters in Schutz. Wohl habe Redner schon zur Zeit der Reorganisation des Magnatenhauses gesagt, daß diese ein Rückfall sei, aber es gehe nicht an, das ein Haus der Gesetzgebung das andere anzugreifen, wenn dasselbe ihm gerade nicht zu Willen thut. Für die siebenbürgischen Zustände sei natürlich die Regierung und ihre Partei verantwortlich. Redner bemüht sich dies haarfein zu beweisen und zwar nicht immer in den gewöhnlichen Ausdrücken, welche ihm auch einen Ordnungsruf des Präsidenten eintrugen. Das hinderte Redner freilich nicht, seinem bekannten Temperament weiter die Zügel schießen zu lassen.

Nach ihm sah sich auch Otto Herman bemüßigt, ein Wort mit dreinzureden. In Betreff des Magnatenhauses hält er die Kritik noch verfrüht. Das Haus nahm mit Zustimmung seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung auf, was aber Alfons Bedöthy nicht abhalten konnte, noch „ein, zwei“ Bemerkungen vorzubringen, die sich allerdings nach und nach in beträchtlicher Anzahl vermehrten. Er wies namentlich auf die in Rumänien stattgehabten ungarfeindlichen Volksversammlungen hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung mit den erforderlichen Verfügungen nicht säumen werde.

Minister-Präsident Weterle verwahrte sich zunächst dagegen, als gäbe es hier Jemanden, der die Meinungsfreiheit des anderen Hauses der Gesetzgebung beeinflussen möchte. Wenn vielleicht ein Fehler geschehen sei, so ist es der, daß die Regierung der freien Meinungsäußerung allzu großen Spielraum gewährt hat. Jedenfalls sei es bedauerlich, daß Eréter die Klausenburger Bewegung mit dem Magnatenhause in Verbindung gebracht habe. Was nun die Vorgänge in Siebenbürgen betrifft, so wäre es traurig um das Land bestellt, wenn die Regierung mit den notwendigen Verfügungen so lange wartete würde, bis man sie im Reichstage daran erinnert. Der Minister-Präsident verweist auf seine vorjährige Neujahrsrede, in welcher er erklärt hat, daß die Regierung sich aller gesetzlichen Mittel bedienen werde, um die Uebergriffe der Nationalitäten-Agitatoren zu ahnden und auch außerordentliche Maßnahmen treffen, wenn die gewöhnlichen Mittel nicht genügen sollten. Dies sei denn auch geschehen. Es wurden ohne Nebenburschaften Proceß angehängt und Volksversammlungen, bei welchen wirthliche Gefahren zu befürchten waren, wie die in Karlsburg, verboten. Die Schilderungen über die jetzigen Zustände seien vielfach übertrieben. Es sind nicht so viele fremde Rumänen in Klausenburg, als man annimmt, und wenn es sich bestätigen sollte, daß einer der Angeklagten eine aufreizende Rede an die Rumänen gehalten habe, werde dies nicht ungeahndet bleiben. Was das aus Anlaß des Memorandum-Processes gebildete „Bureau de la presse“ anbelangt, so habe dasselbe zwar versucht, Telegramme an auswärtige Blätter auszugeben, doch seien dieselben nicht weiterbefördert worden, weil die Identität des Aufgebers nicht festgestellt wurde. Die Regierung habe überhaupt angeordnet, daß lügenhafte und aufreizende Depeschen, welche geeignet wären, die Würde des ungarischen Staates zu verunglimpfen, nicht weiter befördert werden. Der Minister-Präsident nahm dann noch sein Pressbureau gegenüber den Angriffen Hod's in Schutz und erklärte, es

seien schon vor dem Proceß Präventivmaßnahmen getroffen worden, um die inländische, wie die auswärtige Presse vor den unwarhen Berichten der Rumänen zu warnen. Die Regierung sichere den Rumänen, wie allen Staatsbürgern die volle Freiheit, insoweit ihr Verhalten nicht gemeingefährlich sei, bei der geringsten Ausdehnung aber werde das in Vertheidigung stehende Militär jede Ungebühr unterdrücken. Zum Schluß reflectirte der Minister-Präsident noch auf die von Bedöthy zur Sprache gebrachten Volksversammlungen in Rumänien, in Betreff welcher sowohl die ungarische Regierung, wie der Minister der Aeußern nicht unterlassen haben, Schritte zu thun, doch brauche man einfachen Sympathieausdrückungen kein besonderes Gewicht beizulegen. Das Haus nahm die beruhigenden Erklärungen des Minister-Präsidenten beifällig auf und ging dann zur Tagesordnung über.

Zwei Berichte des Rechnungshofes wurden ohne Bemerkung erledigt. Nun hätte die Vorlage über die staatlichen Matrizen verhandelt werden sollen, allein auf Antrag des Präsidenten wurde die Verhandlung dieser Vorlage mit Rücksicht darauf, daß der Justizminister im Magnatenhause beschäftigt ist, auf den 16. d. vertagt.

Bis dahin findet keine Sitzung mehr statt.

Im Magnatenhause sprachen heute Anton Zichy, Bischof Karl Szaj, der Banus von Kroatien, Paul Szontagh und der Justizminister für, — Graf Emerich Szöcsenyi, Cardinal Schlauch und Erzbischof-Metropolit Miron Roman gegen die Civilehe.

Der Memorandum-Proceß.

Klausenburg, 9. Mai.

Um 8 Uhr Morgens eröffnete der Präsident die Sitzung mit der Mittheilung, daß noch ein Stenograph zur Verwendung gelange. Nach Beendigung des Stenographen bemerkte der Verteidiger Stefanovics, das Leben seines Klienten Lucacu sei gefährdet.

Präsident: Das gehört nicht hierher und ich gestatte nicht hierüber zu sprechen. Es wird sodann Angeklagter Aurel Suciu vernommen, der sich den Aussagen seiner Genossen anschließt. Derselbe ist vierzig Jahre alt, verheiratet, Advocat und in Arad wohnhaft. Auf die Frage, ob er bereits bestraft wurde, antwortet er nicht. — Verteidiger Föszu protestirt gegen die Stellung dieser Frage.

Angeklagter Michael Delicium will gleichfalls unmittelbar in rumänischer Sprache vernommen werden. Auf die Frage, ob er bestraft wurde, antwortet er nicht. — Verteidiger Petrovits protestirt gegen die Stellung dieser Frage.

Angeklagter Rubin Patitia beruft sich gleichfalls auf das Nationalitätengesetz. Derselbe ist 52 Jahre alt, verheiratet, Avocat in Karlsburg; auf die Frage, ob er bereits Abstrafungen erlitten, gibt der Angeklagte keine Antwort. — Verteidiger Fajnor meldet seinen Protest an.

Angeklagter Vaskius Ratiu beruft sich ebenfalls auf das Nationalitätengesetz. Er ist 57 Jahre alt, griechisch-katholischer Vicar in Fogaras.

Angeklagter Gerasim Domide ist 38 Jahre alt, griechisch-katholischer Seelsorger in D.Rabna. Er, sowie sein Verteidiger protestiren gegen die Stellung der Frage bezüglich seines Vorlebens.

Angeklagter Roman bittet um die Erlaubniß, mit seinem Verteidiger sprechen zu dürfen, da er bisher verhaftet war und in Folge dessen nicht in der Lage war, seinen Verteidiger zu informieren.

Präsi.: Sie konnten ja seit 3 Tagen ungehindert mit Ihrem Verteidiger verkehren.

Dieser Angeklagte ist 26 Jahre alt, ohne Beschäftigung, derzeit „Inn. ung. Staatsangehöriger“.

Präsident weist den Angeklagten zur Ordnung, da derselbe als Buchhalter in Bistritz beschäftigt war.

Verteidiger Alexander Föszu erklärt, sein Klient sei erst am zweiten Tage in Freiheit gesetzt worden, aus welchem Grunde derselbe sich auch seines Zurückweisungsrechtes nicht bedienen konnte. Trotz der Unterbrechungen und Zurückweisungen seitens des Präsidenten spricht der Verteidiger dennoch fort, weshalb der Präsident über ihn eine Ordnungsstrafe von 50 fl. verhängt. — Es entsetzt hierauf ein großer Lärm. Die Verteidiger springen von ihren Sigen auf und wollen sprechen. Der Präsident läßt sie jedoch nicht zu Worte kommen, sondern setzt das Generalverhör fort.

Angeklagter Johann Duma protestirt gleich den vorigen Angeklagten. Derselbe ist 32 Jahre alt, Seelsorger, vermögenslos und Feldpater in der Reserve beim 62. Infanterie-Regiment.

Verteidiger Bredicean beschwert sich darüber, daß der Präsident die Verteidigung einschränke. Dr. Petrovits und Fajnor reden dazwischen. — Der Präsident weist die Verteidiger zur Ordnung.

Verteidiger Bredicean: Die Verteidigung ist beschränkt. Die anderen Verteidiger stimmen ihm zu.

Präsident: Ich bitte, nicht dazwischenzurufen.

Verteidiger Bredicean erklärt, daß §. 13 des Verfahrens hier nicht anwendbar sei, da der Gerichtshof die Verhandlung bloß leitete. Die protocollarische Amtssprache des Potosyer Comitats sei die rumänische.

Gelegentlich der Einberufung des Angeklagten Dionys Roman erklärt Verteidiger Flea, die Behauptung der Journale, als beabsichtigten die Verteidiger, eine Obstruction zu veranstalten, entspreche nicht der Wahrheit. Denn hier kämpft das Recht gegen die Macht. — Der Präsident unterbricht den Verteidiger, doch dieser spricht noch eine Weile fort und bringt seinen Protest vor.

Angeklagter Johann Moldovan bittet, daß man ihn, mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand, rumänisch vernehme. Derselbe ist 49 Jahre alt, verheiratet, Vater von fünf Kindern und Comptoirist bei einer rumänischen Bank in Hatzeg.

Verteidiger Simon Damian beanstandet die Frage bezüglich des Familienstandes des Angeklagten, da diese Frage die Geschworenen beeinflussen könne.

Präsident ordnet die Verlesung der Anklageschrift an und theilt mit, daß die Angeklagten die Verlesung der Verhandlung verlangen können.

Angeklagter Ratiu meldet, sein Verteidiger werde an seiner Statt sprechen.

Verteidiger Dr. Frincu bemerkt hierauf, die Verteidigung werde eingeschränkt.

Angeklagter Lucacu erklärt, daß, da er auch sonst zu nichts berechtigt ist, so möge die Verhandlung nur ihren Lauf nehmen.

Präsident weist Lucacu zurecht. — Lucacu meldet gegen diese Zurückweisung die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Präsident: Hiegegen können Sie nichts thun.

Verteidiger Stefanovits (für Lucacu) bemerkt, das Leben seines Klienten sei in Gefahr. Er wünscht nicht die Verlesung, doch überläßt er die Entscheidung dieser Frage dem Gerichtshofe.

Verteidiger Gavriila hält dafür, daß die Verhandlung vertagt werden müßte, da ein Telegramm nicht zugestellt wurde. Er beklagt sich darüber, daß man nur zwischen Bajanetten hierher gelangen könne. In einer solchen Stadt kann man nicht verhandeln. Zum Schluß erklärt er, daß er seinerseits keinen Verlesungsantrag stelle. — Auch die übrigen Angeklagten und Verteidiger verlangen keine Verlesung, doch beschwören sich einige von ihnen darüber, daß man sie von der Gasse nicht in den Verhandlungsaal lasse. Angeklagter Patitia erzählt, gestern hätten ihn anläßlich einer Versammlung fünf mit Bajonetten bewaffnete Polizisten verfolgt.

Verteidiger Bredicean geht in seiner Veremessenheit so weit, daß er erklärt, der Präsident stehe unter dem Eindruck der Straßenscenen; aus diesem Grunde werde die Verteidigung behindert.

Präsident weist diese Verächtigung mit Entschiedenheit zurück. Verteidiger Flea bittet um Aufhebung des „Belagerungszustandes“. Ober-Staatsanwalt Rita bittet nicht um die Verlesung. — Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Berathung zurück.

Es fiel allgemein auf, daß der Präsident die Frage der Verlesung der Verhandlung anregte, wiewohl von keiner anderen Seite diese Frage auch nur erwähnt worden war. Die Ventilierung dieser Frage nahm ungebührlich viel Zeit in Anspruch.

Nach einer Pause läßt der Präsident den Beschluß verlesen, wonach die Verhandlung nicht vertagt wird, umso weniger, als weder seitens der Anklagebehörde, noch seitens der Verteidigung ein positiver Antrag gestellt wurde. Der Beschluß erwähnt auch, daß die Behauptung der Angeklagten und der Verteidigung, ihre Freiheit sei beschränkt worden, durch den Bürgermeister von Klausenburg officiell dementirt wurde; im Gegentheil: gerade das Benehmen mancher Angeklagten gab Anlaß zu Strafenaufläufen.

Verteidiger Dr. Frincu erklärt in schärfster Zone, man dürfe nicht die Intelligenz Siebenbürgens, die 20 Angeklagten und 20 Verteidiger (Heiterkeit im Publicum) für Lügner erklären. Dr. Frincu behauptet, das Klausenburger Publicum habe ihn injulirt. (Rufe im Auditorium: Das ist nicht wahr!)

Dr. Frincu spricht weiter. — Präsident: Aus dem Berichte des Polizei-Commissärs erfahre ich, daß von der Galerie aus die Verhandlung durch Zeichen gestört wird. Wer dies thut, den lasse ich hinausführen. — Dr. Frincu (fortfahrend) bemerkt, daß bei der Demonstration 20.000 Menschen zugegen waren. (Lachen im Publicum.) — Verteidiger: Das Publicum hat nicht das Recht, mich in der Verteidigung zu stören; der Präsident thut dies ohnehin.

Hierauf polemisiert er mit der Presse und dem Publicum, verherrlicht die Demonstration und beleidigt das Klausenburger Publicum. Er acceptirt die Motivierung nicht.

Verteidiger Jacu erklärt, daß gar kein Grund zur Aufwerfung der Verlesungsfrage vorhanden war. Lucacu schimpft wieder den Dolmetisch und läßt sich mit dem Präsidenten in einen Wortwechsel ein. Er erklärt, daß die demonstrende Menge mit dem Angeklagten übereinstimme und hiedurch manifestiren wollte, daß sie, die Angeklagten, die Mandatäre des Volkes seien. Inzwischen streitet er fortwährend mit dem Dolmetisch, so daß er den Dolmetisch Lehmann ganz in Confusion bringt. Dann macht er Einwendungen gegen den Stenographen, und benimmt sich überhaupt scandals und herausfordernd.

Geschworener Alexander Hadhazy beantragt, daß die Reden zu je 20 Worten verdolmetischt werden mögen. Der Staatsanwalt widerspricht dem, aber wenn die Angeklagten an der Uebersetzung zweifeln, so muß sojg weise verdolmetischt werden. Ueber diesen Gegenstand entspinnt sich eine neue Debatte, in welcher Lucacu, Stefanovits u. A. sprechen.

Die Verhandlung fängt an, in ein Chaos auszuarten.

Im Hinblick auf die Dolmetischfrage erklärt Geschworener Gajzago, er ziehe seinen Antrag zurück, da die Debatte ein fruchtloses sei. — Nach einer 20 Minuten langen Pause wird die Verhandlung wieder eröffnet und Verteidiger Stefanovits meldet wegen der Erklärung des Geschworenen Gajzago die Nichtigkeitsbeschwerde an. Hierauf begann abermals eine Debatte wegen der Uebersetzungsfrage.

Angeklagter Lucacu meldet die Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Beschluß des Gerichtshofes an, laut welchem die Verhandlung fortgesetzt und nicht vertagt werden soll. Denn, so sagte er, das rumänische Volk halte zu ihnen.

Präsident entzieht ihm das Wort, worauf Verteidiger Stefanovits die Nichtigkeitsbeschwerde anmeldet und die Motivierung des Gerichtsbeschlusses eine auf Befangenheit basirende nennt.

Präsident weist ihm zurecht, doch Verteidiger Stefanovits spricht weiter und polemisiert mit dem Gerichtshofe.

Präsident unterbricht ihn, doch Verteidiger Stefanovits fährt fort und sagt, kein Mensch wurde von den hiehergekommenen Rumänen injulirt.

Es sprechen hierauf des Längeren Angeklagter Comsa und Verteidiger Aureliano, dem schließlich der Präsident das Wort entzieht. — Die Fortsetzung der Verhandlung wurde auf morgen früh anberaumt.

Nach der heutigen Verhandlung begab sich Labistlaus Lucacu, dem von der ferne Polizisten folgten, von Zeit zu Zeit demonstrativ stehen bleibend, in's „Hotel Central“, wiewohl er nicht hier wohnt. Lucacu liebt es jedoch, täglich in einem anderen Hotel zu speisen, um sich überall Reclame zu machen. Als er in's Hotel kam, acclamirten ihn die rumänischen Studenten, denen einige Abgüsse antworteten. Eine Ansammlung entstand, die jedoch von zwanzig bewaffneten Polizisten zu Fuß und sechs berittenen Polizisten zerstreut wurde. Lucacu's Sucht, seine Person in den Vordergrund zu stellen und als Hauptperson zu figuriren, macht sich auch diesmal geltend. Er und seine Genossen reden fortwährend von einer Einschränkung der Verteidigung, während in Wahrheit der Präsident den Gerichtshof in ein Parlament verwandelt hat und sicherlich würde man nirgends den Unflug ungehindert dulden, der hier seitens der Angeklagten und deren Verteidiger, die als „Martyrer der nationalen Sache“ figuriren wollen, Tag für Tag geübt wird. — Heute wurde ein Poppe, der sich betrunken und in diesem Zustande Scandale producirt hatte, zur Polizei gebracht.

Ministerialrath Jekelsalussy wird morgen früh aus Budapest hier eintreffen.

Das Telegramm, welches das Comité der rumänischen Nationalpartei am 6. d. an Se. Majestät richtete, lautet:

Das rumänische Volk Siebenbürgens und Ungarns, des ruhmreichen habebürgischen Haukes treuestes Volk, das in den kritischsten Zeiten Thron und Vaterland gegen innere und äußere Feinde tapfer verteidigt und nun die Ungerechtigkeiten eines Regierungssystems nicht weiter zu ertragen vermag, das gegen sein nationales und religiöses Leben gerichtet ist, hat mit traditioneller Treue an Ew. Majestät ein Memorandum gerichtet. Wegen dieses Memorandums ist unsere ganze Nation einer systematischen Verfolgung ausgeleht, die viel heftiger ist, als alle früheren waren. Die ganze Nation wurde in der Person ihrer gesetzlichen Vertreter auf die Anklagebank geschleppt. In diesem schweren Momente, da die Mitglieder des Actionscomités der siebenbürgischen und ungarländischen rumänischen Nationalpartei auf der Anklagebank sitzen, um wegen der Unterbreitung des Memorandums an Ew. Majestät und wegen dessen Veröffentlichung verurtheilt zu werden, bringen wir Ew. Majestät diesen Nachacht, wie er bisher im Leben keiner Nation vorgekommen, zur Kenntniß. Ew. Majestät treue Unterthanen. — Die Mitglieder des Actionscomités der siebenbürgischen und ungarländischen rumänischen Nationalpartei. (Folgen die Unterschriften sämmtlicher Angeklagten.)

Die Resolution, welche am 6. d. auf dem in Bukarest gehaltenen Protest-Meeting gefaßt wurde, lautet:

Gegenüber jenem unerhörten Proceße, welchen die magyarisirende Politik gegen das ganze Comité der rumänischen Nationalpartei angehängt hat und sich sonach gegen sämmtliche siebenbürgischen und ungarländischen Rumänen richtet, haben wir Bürger Rumaniens uns heute, am 24. April (6. Mai), in der Hauptstadt Bukarest zu einem Meeting versammelt, jene Bande des Blutes kennend, welche uns mit den Brüdern jenseits der Berge verbinden, — aufgebracht durch die rachsüchtige Verfolgung, welche die treuesten Unterthanen des habebürgischen Thrones in Folge der magyarisirenden und revolutionären Politik erdulden und auf die durch den ungarischen Chauvinismus im ganzen Südosten Ungarns provocirten unerwünschten Gefahren hinweisend — verwahren wir uns feierlich im Namen unserer Blutverwandtschaft, welche über jede politische Rücksicht steht, im Namen der ganzen rumänischen Nation und im Interesse der Ruhe der im Osten wohnenden Völker gegen das den siebenbürgischen und ungarländischen

Rumänen geg (denunciäm) Mächten als Osten. Wir Bewunderung ihre Sache, betrauen das Er. Majestät daß Se. Maj in Betrach Wien hat sich die g fiabt von den Studenten sch gehalten. Das aus siebenbürg geure fungirte worden Herr der Entschlossen Ordnung und laufende Straf Bläse aus d Elisabeth. Die lisa ein natür proceß zur Be Stojolan, „Solgot“ Verhegungstend brud gelangt.

Samstag von auswärts Abend im G Sonnt verein auf 12 Uhr: Pro mittags 2 Uhr zeitig Turner Concert im Turner-Gon Montag städtischen Kath Mädchenschule turnen auf mittags 1 Uhr Ordnung des Theil (Bistritz, verein Mediasch) Sächsisch-Regen (Mühlbach, Reps Germanio). — essen (Sänger Turnspiele. „Hermannstädter Dienstag Schoppen in

Der Zut dem Commers u Sängers oder T Beronhaltungen außerdem grund zugänglich. Das Feste zwar das Ordn blaue, das Tafel Reden f Gegenstandes bei M. Vani und

Parten zu von 1 Uhr M kanzlei, weiße G Gesellschaftshaus 9 Uhr Vormittag turner, sowie D

Bei günstige 5 Uhr die Zug Seine Excellenz hat, hat.

Weiters wir auf dem Gislau von 7 Uhr an in an der Cassa gef

— (Fof- u Stephanie ist a zuge der Südbahn ihrem Gefolge, dem Rämmerer St nach Wien zurück Abends Wien verla eingelieft hat, erl Bahnhöhe hoch der Se. I. u. I. Hobe Baron Appel un eingetroffen und in ganzen Fahrt nach zum Empfang die mit dem Bürgerm Bärer, die städti Die Anspache des I. u. I. Hobe in Bahz-Regmed Efer gorcevic mit Anp ersten Besuch in

